S 51 SO 462/19 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	8
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Auch wenn eine Bedarfslage für die Gewährung von Erstaussstattungen nahe liegt, bedarf es für den Zuspruch von Leistungen der Mitwirkung des Betreffenden, um konkrete Bedarfe ermitteln zu können.
Normenkette	SGB XII § 31

1. Instanz

Aktenzeichen	S 51 SO 462/19 ER
Datum	18.09.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 SO 346/19 B ER
Datum	27.12.2019

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichts München vom 18. September 2019 wird zurückgewiesen.

II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Gründe:

I.

Die Antragstellerinnen (ASt) begehren im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes Leistungen für Erstaussstattungen für die Wohnung und für Bekleidung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe (SGB XII).

Die 1963 geborene ASt zu 1, die eine Rente wegen voller Erwerbsminderung i.H.v.

derzeit 339,10 EUR monatlich bezieht und schwerbehindert (ohne Merkzeichen) ist, lebte bis zu einem Brand im Jahr 2016 nach eigenen Angaben zusammen mit ihrer Mutter, der 1941 geborenen ASt zu 2, in einer Doppelhaushälfte. Die ASt wurden nach dem Brand verhaftet. Im Zuge ihrer Haftentlassung am 17.05.2019 beantragte sie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Grundsicherung). Sie wurde ab 01.06.2019 in die T. -Wohngemeinschaft aufgenommen; unter derselben Adresse ist auch die ASt zu 2 gemeldet. Die Wohnräume dort sind nach einem Vermerk über ein Telefonat des Ag mit der Vorsitzenden des T. e.V. mündlich. Mit Faxschreiben vom 20.06.2019 und 21.06.2019 beantragte die ASt zu 1 beim Antragsgegner (Ag) Erstausrüstung für Einrichtung und Kleidung. Der Antrag auf Erstausrüstung Einrichtung, Hausrat, Elektrogeräte etc. und Kleidung etc. beziehe sich auf den Brandschaden und die 34monatige Haft. Der Ag bewilligte der ASt zu 1 mit Bescheid vom 04.07.2019 Grundsicherung vom 18.05.2019 bis 30.04.2020 i.H.v. 269,71 EUR monatlich. Außerdem forderte der Ag mit Schreiben vom 15.07.2019 von der ASt zu 1 eine Auflistung der benötigten Gegenstände.

Am 03.09.2019 haben die ASt im Rahmen eines anderweitigen Verfahrens beim Sozialgericht München (SG) u.a. einstweiligen Rechtsschutz wegen Erstausrüstung, Bekleidung und Wohnung nach Wohnungsbrand sowie die Bewilligung von Prozesskostenhilfe beantragt. Nach einem Brandschaden am 19.07.2016 sei die ganze Habe entzogen worden.

Nach Abtrennung des vorliegenden Verfahrens mit Beschluss vom 11.09.2019 (S 51 SO 448/19 ER) hat das SG den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz und die Bewilligung von Prozesskostenhilfe mit Beschluss vom 18.09.2019 abgelehnt. Der Antrag sei hinsichtlich der ASt zu 2 unzulässig, da diese sich nicht zuvor an den Ag gewandt habe. Hinsichtlich der ASt zu 1 bestehe kein Anordnungsanspruch. Die ASt zu 1 habe an der Aufklärung, ob und inwieweit ein Bedarf bestehe, nicht mitgewirkt. Die Mitwirkung sei zumutbar und könne auch nicht durch eine Beweisaufnahme im gerichtlichen Verfahren ersetzt werden. Mangels hinreichender Erfolgsaussichten sei auch keine Prozesskostenhilfe zu gewähren.

Dagegen haben die ASt am 23.09.2019 Beschwerde zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt und zugleich die Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung beantragt. Wegen eines Stalkings seien Ermittlungen der Polizei eingeleitet worden und ein Auszug aus der Wohngemeinschaft angeraten worden. Nach Verlust durch Brand und Entlassung aus der Haft werde die Erstausrüstung mit Kleidung verweigert und der Winter stehe vor der Tür.

Innerhalb der bis 17.12.2019 gesetzten Frist haben die ASt weder Erklärungen über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorgelegt noch angegeben, welche Gegenstände sie erhalten wollen.

Zur Ergänzung des Sachverhalts wird auf die vorgelegten Behördenakten sowie die Gerichtsakten beider Instanzen Bezug genommen.

II.

Die form- und fristgerecht eingelegte Beschwerde ist zulässig ([Â§ 172, 173 Sozialgerichtsgesetz](#) â€‹ SGG). Obschon die ASt keinerlei Angaben zu den beantragten Gegenständen gemacht haben, geht der Senat davon aus, dass der im Raum stehende Wert der begehrten Erstaussstattungen insgesamt mit mehr als 750 EUR zu veranschlagen ist, und damit die Grenze des [Â§ 172 Abs. 3 Nr. 1 i.V.m. Â§ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG](#) überschritten wird. Die Beschwerde bleibt aber in der Sache ohne Erfolg. Das SG hat zu Recht den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz sowie den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe abgelehnt.

Gegenstand des Verfahrens des einstweiligen Rechtsschutzes ist das Begehren der ASt, vom Ag Leistungen für Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten sowie für Bekleidung zu erhalten. Das ergibt sich deutlich aus dem Vorbringen ([Â§ 123 SGG](#)) vor dem SG und wird mit der Beschwerde fortgeführt. Das Begehren ist nicht auf die ASt zu 1 beschränkt, auch wenn nur sie beim Ag laufende Leistungen der Grundsicherung beantragt hat und bezieht. Die ASt haben nämlich trotz der Ausführungen des SG im angefochtenen Beschluss zur Unzulässigkeit des Antrags der ASt zu 2 beide Beschwerde erhoben. Das Begehren nach einstweiligem Rechtsschutz richtet sich nach [Â§ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG](#), da die ASt eine Erweiterung ihrer Rechtspositionen anstreben.

Was die ASt zu 2 anbelangt, fehlt deren Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung bereits das Rechtsschutzbedürfnis, so dass er unzulässig ist. Ein Rechtsschutzbedürfnis besteht in der Regel nur dann, wenn sich der Antragsteller zuvor an die Behörde gewandt hat (vgl. Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl., [Â§ 86b Rn. 26b](#)). Das trifft auf die ASt zu 2 jedoch nicht zu, denn diese hat sich ungeachtet dessen, dass sie trotz grundsätzlicher Leistungsberechtigung aufgrund ihres Alters gemäß [Â§ 41 SGB XII](#) bereits keine Grundsicherung beim Ag beantragt hat und dieser auch keine bewilligt hat â€‹ vor der Beantragung des einstweiligen Rechtsschutzes beim SG mit ihrem Begehren nicht an den Ag gewandt. Vielmehr hat nur die ASt zu 1 Erstaussstattungen beantragt (Faxschreiben vom 20.06. und 21.06.2019). Es ist auch nicht ersichtlich ist, dass dieser Antrag auch für die ASt zu 2 gestellt werden sollte, denn anders als beim späteren Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz ist die ASt zu 2 nicht aufgefordert oder sonst angesprochen. Damit fehlt es im übrigen materiell auch an dem â€‹ abweichend von [Â§ 18 Abs. 1 SGB XII](#) â€‹ erforderlichen (gesonderten) Antrag der ASt zu 2 gemäß [Â§ 44 Abs. 1 Satz 2 SGB XII](#).

In Bezug auf die ASt zu 2 ist der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung unbegründet.

Gemäß dem hier einschlägigen [Â§ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG](#) sind einstweilige Anordnungen zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint. Die Regelungsanordnung setzt das Vorliegen eines Anordnungsanspruches â€‹ das ist der materiell-rechtliche Anspruch, auf den der Antragsteller sein Begehren stützt und der dem Streitgegenstand eines Hauptsacheverfahrens entspricht â€‹ sowie eines Anordnungsgrundes â€‹ das ist in der Regel die Eilbedürftigkeit â€‹ voraus. Die

Angaben hierzu müssen glaubhaft gemacht werden ([Â§ 86b Abs. 2 Satz 4 SGG](#) i.V.m. [Â§ 920 Abs. 2](#) Zivilprozessordnung (ZPO), wobei als Beweismittel auch eine eidesstattliche Versicherung ([Â§ 294 Abs. 1 ZPO](#)) möglich ist. Hinsichtlich des Beweismaßstabes genügt also die überwiegende Wahrscheinlichkeit (vgl. [Â§ 23 Abs. 1 Satz 2](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), verbleibende Zweifel sind unschädlich (vgl. Burkiczak in jurisPK-SGG, Stand: 04.12.2019, Â§ 86b Rn. 415). Zwischen Anordnungsgrund und Anordnungsanspruch besteht dabei eine Wechselbeziehung. An das Vorliegen des Anordnungsgrundes sind dann weniger strenge Anforderungen zu stellen, wenn bei der Prüfung der Sach- und Rechtslage in dem vom BVerfG vorgegebenen Umfang (BVerfG, Beschluss vom 12.05.2005 (1 BvR 569/05) (Breith 2005, 803) das Obsiegen in der Hauptsache sehr wahrscheinlich ist. Ist bzw. wäre eine in der Hauptsache erhobene Klage offensichtlich unzulässig oder unbegründet, so ist wegen des fehlenden Anordnungsanspruches der Erlass einer einstweiligen Anordnung abzulehnen. Sind hierbei die Erfolgsaussichten in der Hauptsache offen, kommt dem Anordnungsgrund entscheidende Bedeutung zu. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage ist bei der Regelungsanordnung der Zeitpunkt der Entscheidung des Gerichts (vgl. Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl., Â§ 86b Rn. 42). Im Beschwerdeverfahren trifft das Beschwerdegericht unter erneuter, summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage eine neue Entscheidung, ohne auf die Überprüfung der Ausgangsentscheidung beschränkt zu sein, was auch in Bezug auf Ermessensentscheidungen des Gerichts gilt (vgl. Karl in jurisPK-SGG, Stand: 11.10.2018, Â§ 176 Rn. 10 und 11).

Demnach ist kein Anordnungsanspruch zu bejahen. Da die Ast zu 1 laufende Leistungen der Grundsicherung vom Ag aufgrund ihrer vollen Erwerbminderung auf Dauer erhält (Bescheid vom 04.07.2019), kommt als Grundlage für den geltend gemachten Anspruch auf Erstaussstattungen [Â§ 42 Nr. 2](#) i.V.m. [Â§ 31 Abs. 1 Nr. 1](#) und 2 SGB XII infrage. Danach werden Leistungen zur Deckung von Bedarfen für Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten (Nr. 1) und Erstaussstattungen für Bekleidung und Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt (Nr. 2) gesondert erbracht. Die Notwendigkeit einer Wohnungserstaussstattung kommt immer dann in Betracht, wenn jemand ungeachtet aus welchen Gründen nicht über entsprechende Gegenstände verfügt. Dies kann als Folge eines Wohnungsbrandes, nach einer Haftentlassung oder beim erstmaligen Anmieten einer Wohnung der Fall sein. Welche Gegenstände benötigt werden, hängt vom Einzelfall ab (vgl. Grube in Grube/Wahrendorf, SGB XII, 6. Aufl., Â§ 31 Rn. 6, und Bläggel in jurisPK-SGB XII, Stand: 26.10.2017, Â§ 31 Rn. 23 ff., mit Ausführungen zur Abgrenzung zur Ersatzbeschaffung). Dabei muss nicht eine komplette Erstaussstattung erforderlich sein, sondern es können auch nur einzelne Gegenstände benötigt bzw. beansprucht werden. Ansonsten wäre nämlich derjenige ungerechtfertigt benachteiligt, der noch über eine Teilaussattung verfügt (vgl. Bläggel, a.a.O. Rn. 31). In Bezug auf die Erstaussstattungen für Bekleidung ([Â§ 31 Abs. 1 Nr. 2 SGB XII](#)) gilt das eben Gesagte entsprechend, insbesondere zu den Gründen für das Auftreten einer solchen Bedarfslage, wobei die Abgrenzung zu Fällen der Ersatzbeschaffung im Einzelfall schwierig sein kann. Einerseits wird nämlich auch

trotz Vorhandensein von Bekleidung, wie etwa bei einer erheblichen Gewichts- oder -abnahme, angenommen, dass dies einem Totalverlust der vorhandenen Bekleidung vergleichbar ist und daher ein Anspruch gem. [Â§ 31 Abs. 1 Nr. 2 SGB XII](#) infrage kommt (vgl. Boetticher in LPK-SGB XII, 11. Aufl., Â§ 31 Rn. 9). Andererseits kann zwar entsprechende Bekleidung tats. fehlen und nicht vorhanden gewesen sein, aber es wird ber.cksichtigt, dass Aufwendungen f. Bekleidung bei der Bemessung des Regelbedarfs ber.cksichtigt sind und daher zu fragen ist, ob Ansparungen f. einen eventuellen Neubedarf an Bekleidung aus dem Regelsatz h.atten vorgenommen werden k.nnen (vgl. BayLSG, Beschluss vom 19.03.2018 â L 18 SO 10/18 B ER â juris). In allen F.llen des [Â§ 31 Abs. 1 SGB XII](#) tr.agt aber die nachfragende Person die Darlegungslast daf., dass .berhaupt ein Bedarf besteht (vgl. LSG Baden-W.ttemberg, Urteil vom 20.03.2015 â L 12 AS 4232/14 â juris, m.w.N.). Dies ergibt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass es sich um Bedarfe handelt, die einem privaten, Einblicken h.ufig entzogenen Bereich entstammen, und daher die M.lichkeiten der Beh. oder der Gerichte zur Sachaufkl. recht begrenzt sind. Vielmehr ist hierbei in besonderem Ma. die Mitwirkung der Anspruchsteller â im Rahmen ihrer verfahrensrechtlichen ([Â§ 60](#) ff. Erstes Buch Sozialgesetzbuch) bzw. prozessualen Mitwirkungsverpflichtungen â erforderlich, um .berhaupt den Eintritt einer entsprechenden Bedarfslage und auch den daraus resultierenden konkreten Bedarf an Gegenst.nden der Erstausstattungen feststellen zu k.nnen. Die pauschale Angabe, dass alles ben.tigt werde, kann hierbei nicht gen.igen, da der konkrete Bedarf an Gegenst.nden zu sehr von den Umst.nden des Einzelfalls (Wohnverh.tnisse, Kleidergr.Ãe, eventuell vorhandene Gegenst.nde) abh.ngt, um ohne konkrete Angaben eine Bewilligung vornehmen zu k.nnen.

Demnach liegt es bei der ASt zu 1 so, dass aufgrund der Haftentlassung im Mai 2019, der auch ein Wohnungsbrand im Jahr 2016 vorangegangen sein soll, eine Bedarfslage i.S.d. [Â§ 31 Abs. 1 Nr. 1](#) und 2 SGB XII grunds.lich anzunehmen sein wird. Allerdings kann ein daraus resultierender konkreter Bedarf nicht festgestellt werden, da die ASt zu 1 keine weiteren Angaben gemacht hat, die eine Bestimmung der ben.tigten Gegenst.nde erm.lichen w.arden. So hat zun.chst der Ag von der ASt zu 1 eine Auflistung der ben.tigten Gegenst.nde gefordert (Schreiben vom 15.07.2019), ohne dass darauf eine entsprechende Reaktion erfolgt ist. Auch die vom Ag erbetene bzw. angebotene Terminvereinbarung mit dem Au.endienst ist nicht erfolgt. Auch gegen.ber dem SG sind von der ASt keine n.heren Angaben gemacht worden. Schlie.lich ist auch auf eine Anfrage des Senats (Schreiben vom 10.12.2019) hin nicht angegeben worden, welche Gegenst.nde ben.tigt werden. Unter diesen Umst.nden kann ein zu deckender Bedarf der ASt zu 1 nicht festgestellt werden. Hinzu kommt, dass nach einem Aktenvermerk des Ag .ber ein Telefonat mit der Vorsitzenden des T. e.V. und dem vorgelegten Nutzungsvertrag .ber die aktuelle Unterkunft davon auszugehen ist, dass die Unterkunft der ASt zu 1 mit den zur Lebensf.hrung notwendigen Einrichtungs- bzw. Haushaltsgegenst.nden ausgestattet ist. Auch kann in Bezug auf nunmehr n.tige Winterbekleidung angenommen werden, dass die ASt zu 1 aufgrund des laufenden Bezugs von Grundsicherung seit 18.05.2019 (Bescheid vom 04.07.2019) in ausreichendem Ma. die M.lichkeit hatte, Ansparungen aus den

bewilligten Regelsätzen vorzunehmen, um Kleidung zu erwerben. In der Sache besteht daher kein Anordnungsanspruch.

Soweit das SG die Bewilligung von Prozesskostenhilfe gemäß [Â§ 73a SGG](#) i.V.m. den [Â§Â§ 114](#) ff. Zivilprozessordnung (ZPO) für das erstinstanzliche Verfahren abgelehnt hat, ist dies nicht zu beanstanden. Hinsichtlich der ASt zu 2 bestanden aufgrund der fehlenden Vorbefassung des Ag nie hinreichende Erfolgsaussichten. In Bezug auf die ASt zu 1 könnte dies vielleicht anders beurteilt werden, da grundsätzlich eine entsprechende Bedarfslage i.S.d. [Â§ 31 Abs. 1 SGB XII](#) gegeben war und ist, allerdings ist bis zum Abschluss des Verfahrens beim SG keine Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorgelegt worden, obschon diese angefordert wurde und auch für die Bewilligung von Prozesskostenhilfe erforderlich ist ([Â§ 73a SGG](#) i.V.m. [Â§ 117 Abs. 2 Satz 1 ZPO](#)). Außerdem sind die ASt im bereits beendeten erstinstanzlichen Verfahren vor dem SG nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten worden und daher keine Prozesskosten in Form von Gebühren und Auslagen für einen Rechtsanwalt entstanden, für die Prozesskostenhilfe gewährt werden könnte. Ein Bevollmächtigter für das erstinstanzliche Verfahren kann nicht mehr beigeordnet werden. Die Beordnung ist bereits von daher nicht mehr erforderlich (vgl. BayLSG, Beschluss vom 27.11.2008 [L 11 B 977/08 AS PKH](#) juris).

Nach alledem war die Beschwerde zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung der [Â§Â§ 183, 193 SGG](#).

Die Bewilligung von Prozesskostenhilfe für das Beschwerdeverfahren ist gemäß [Â§ 73a SGG](#) i.V.m. [Â§ 118 Abs. 2 Satz 4 ZPO](#) ebenfalls abzulehnen, da (fristgemäß) auch im Beschwerdeverfahren keine Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorgelegt worden ist.

Dieser Beschluss ist gemäß [Â§ 177 SGG](#) unanfechtbar.

Erstellt am: 09.01.2020

Zuletzt verändert am: 22.12.2024